



GEDENKSTUNDE DES LANDTAGS VON BADEN-WÜRTTEMBERG ZUR ERINNERUNG AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

am 26. Januar 2024 im Konzerthaus in Karlsruhe



GEDENKSTUNDE DES LANDTAGS VON
BADEN-WÜRTTEMBERG ZUR ERINNERUNG
AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

am 26. Januar 2024 im Konzerthaus in Karlsruhe



INHALT

- 06 Programm und Mitwirkende**
- 08 Gedenkrede**
Muhterem Aras MdL
Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg
- 18 Grußwort**
Dr. Frank Mentrup
Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe
- 24 Grußwort**
Rami Suliman
Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden
- 28 Fachvortrag**
„Müssen wir wieder Angst haben? Jüdisches Leben in Deutschland“
Prof. Dr. Doron Kiesel
Wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland
- 42 Beitrag der Jüdischen Jugend Baden (JuJuBa)**
Erinnerung ist Hoffnung – Hoffnung ist Erinnerung
Stilles Gedenken auf dem Jüdischen Hauptfriedhof
- 46 Impressionen**





PROGRAMM UND MITWIRKENDE

Gedenkstunde

des Landtags von Baden-Württemberg im Konzertsaal in Karlsruhe

Musikalisches Intro

Fenella Bockmaier, Klavier

Gedenkrede

Muhterem Aras MdL

Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg

Grußwort

Dr. Frank Mentrup

Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

Grußwort

Rami Suliman

Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden

Fachvortrag

„Müssen wir wieder Angst haben? Jüdisches Leben in Deutschland“

Prof. Dr. Doron Kiesel

Wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland

Erinnerung ist Hoffnung – Hoffnung ist Erinnerung

Beitrag der Jüdischen Jugend Baden (JuJuBa)

Musikalischer Ausklang

Shachar Lavi (Gesang), Ido Ramot (Klavier)

Begegnung mit Opfergruppen an Infoständen im Foyer des Konzerthauses bei einem Mittagsimbiss

Die Aufzeichnung der Gedenkstunde ist auf der Homepage des Landtags in der Mediathek abrufbar.





Gedenkrede

Muhterem Aras MdL

Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg

*“Nie weinte ich um den Verlust meiner Eltern
Nie konnte ich Kaddisch sagen
Nie begriff ich ihren unvorstellbaren Tod
Nie fasste ich die Unmenschlichkeit ihrer Mörder
Meine Eltern sind im Himmel begraben
Sie teilen das Grab mit sechs Millionen Seelen”*

So beginnt das Gedicht „Kaddisch“ von Ehud Loeb. Ehud Loeb wurde geboren als Herbert Odenheimer, vor neunzig Jahren in Bühl. Er gehörte als Kind zu den badischen Jüdinnen und Juden, die die Nationalsozialisten 1940 deportierten und internierten. Ehud konnte gerettet werden. Seine Eltern nicht. Er konnte nie „Kaddisch“ sagen, das Totengebet für sie sprechen, das Unvorstellbare begreifen. Ehud Loeb's Eltern wurden ermordet in Auschwitz-Birkenau, in dem Vernichtungslager, das für die Schrecken der Shoah steht wie kein anderer Ort, für die Unmenschlichkeit des NS-Regimes. Sie wurden ermordet in dem Vernichtungslager, das morgen vor neunundsiebzig Jahren befreit worden ist.

Zum Jahrestag jener Befreiung gedenken wir diese Woche gemeinsam aller Opfer des Nationalsozialismus.

Wir gedenken der sechs Millionen Seelen ermordeter Jüdinnen und Juden.

Wir gedenken der bis zu 500.000 ermordeten Sinti und Roma.

Wir gedenken der ermordeten Zeugen Jehovas.

Wir gedenken der ermordeten Menschen mit Behinderung.

Wir gedenken der ermordeten queeren Menschen.

Wir gedenken der ermordeten Menschen, die als „asozial“ beschimpft und herabgesetzt wurden.

Wir gedenken der ermordeten Kriegsdienstverweigerer.

Wir gedenken der ermordeten Oppositionellen.

Wir gedenken der ermordeten Menschen aus dem aktiven und passiven Widerstand.



Jedes Jahr legt der Landtag den Fokus des Gedenkens auf eine bestimmte Opfergruppe. Dieses Jahr gedenken wir hier in Karlsruhe verstärkt der badischen Jüdinnen und Juden, die unter den ersten jüdischen Deportationsopfern waren: Menschen wie Ehud Loeb und seine Familie. An sie erinnern wir. Wir begreifen diese Erinnerung aber auch als Mahnung für unsere heutige Zeit.

Liebe Gäste, ich begrüße Sie zur Gedenkfeier des Landtags von Baden-Württemberg. Heute sind über 500 Menschen hier im Konzerthaus versammelt. Ich danke Ihnen, dass Sie so zahlreich hierhergekommen sind. Auch das ist ein starkes Zeichen in dieser Zeit!

Ich danke der Stadt Karlsruhe und Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup, für Ihr Grußwort und Ihre Gastfreundschaft.

Für den Landtag begrüße ich: Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch (SPD), Herrn Stv. Fraktionsvorsitzenden Lede Abal (GRÜNE), Herrn Stv. Fraktionsvorsitzenden Dr. Kern (FDP/DVP), Herrn Abgeordneten Stächele (CDU) sowie Herrn Vizepräsidenten Born.

Ich begrüße die anwesenden Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie alle Stadträtinnen und Stadträte. Für die Landesregierung begrüße ich stellvertretend Frau Staatssekretärin Dr. Leidig. Ein herzliches Willkommen dem Landesbeauftragten gegen Antisemitismus, Herrn Dr. Blume. Für die Landeskirchen begrüße ich Frau Landesbischöfin Prof. Springhart und Herrn Weihbischof Dr. Birkhofer. Ich begrüße herzlich Herrn Rabbiner Mendelson.

Besonders begrüßen möchte ich alle, die an dieser Gedenkfeier mitwirken. Ich danke Ihnen von Herzen. Ich danke den Opfergruppen, die uns jedes Jahr bei der Planung und Gestaltung des Gedenktages zur Seite stehen:

- den Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württemberg,
- der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes,
- der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas,
- dem Verband Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg,



- dem Verein Weissenburg e.V. und
- dem Bund der Jenischen in Deutschland.

In diesem Jahr richtet der Landtag den Gedenktag gemeinsam mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden aus. Dafür danke ich auch Ihnen persönlich, sehr geehrter Herr Suliman.

Für den Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg begrüße ich sehr herzlich Herrn Kashi.

Ihnen, Herr Prof. Kiesel, danke ich für Ihren heutigen Vortrag über jüdisches Leben in Deutschland. Der Jüdischen Jugend Baden danke ich, dass sie heute ein Zeichen für das Erinnern setzt. Für das Erinnern engagieren sich auch die fast 200 Jugendlichen aus sieben Karlsruher Schulen, die heute hier sind: Euch ein herzliches Willkommen!

Ebenfalls begrüße ich herzlich alle Vertreterinnen und Vertreter der Landesbehörden und -einrichtungen, der Justiz, des Konsularischen Korps, der Religionsgemeinschaften, der Parteien und Verbände sowie der Gedenkstättenarbeit.

Vielen Dank für Ihr Kommen hier ins Konzerthaus!

Musik, meine Damen und Herren, war eine der Leidenschaften von Friederike Niedermann, geborene Heimberger. Sie lernte Klavierspielen auf dem Konservatorium. Sie sang regelmäßig in der Synagoge, hier in Karlsruhe.

In der Stadt lebten vor hundert Jahren über 3000 Jüdinnen und Juden, eine recht große Gemeinde. Friederikes Eltern leiteten hier im Ersten Weltkrieg ein jüdisches Krankenhaus, in dem auch Friederike als Krankenschwester arbeitete. Die Niedermanns waren Mitglieder in einem der jüdischen Sportvereine, dem Turnclub Karlsruhe 1903. Ihr Vater, Adolf Heimberger, arbeitete inzwischen als Synagogendiener. Ihr Mann Albert: ein im Ersten Weltkrieg versehrter Veteran, Eisernes Kreuz Erster Klasse. Ihr Sohn Paul wird später erzählen: *„Wenn die Haustür zu war, waren wir eine sehr glückliche Familie. Dann war bei uns Ruhe.“*



Draußen vor der Haustür verstärkte sich aber der Judenhass. Die Familie beobachtete das politische Geschehen: dass Hitler an die Macht kam. Dass auf Worte Taten folgten, Erniedrigung mit Entrechtung einherging. Friederikes Bruder verließ 1935 das Land. Die anderen fühlten sich als Familie eines Frontsoldaten vergleichsweise sicher. Dann brannte die Synagoge, in der Friederike einst sang. Die Synagoge, in der ihr Vater die Gebetsbücher verantwortete. Vom Balkon aus konnten sie ihre Synagoge brennen sehen.

An die Haustür, die so lange den Hass aussperrte, hämmerten im Morgenrauen des 22. Oktobers 1940 drei Gestapo-Männer. 20 Minuten Zeit hatte die Familie, um ihre Habseligkeiten zu packen. Sie wurde in eine Eisenbahn verfrachtet, die zum Internierungslager Gurs in Frankreich führte. So erlebten es Tausende. Überfallartig. Am helllichten Tag. Bezeugt von Nachbarinnen und Nachbarn.

Um der Deportation zu entkommen, nahmen sich hier in Karlsruhe drei Menschen das Leben. In Baden-Baden vier. In Mannheim acht. 6500 Jüdinnen und Juden deportierten die Nazis von Südwestdeutschland nach Südfrankreich. Das jüdische Leben in Baden, im Saarland und in der Pfalz wurde in zwei Tagen zunichtegemacht.

Die Fahrt nach Gurs, ohne Nahrung und Versorgung, dauerte drei Tage und vier Nächte.

„Als ich ein kleiner Junge war, liebte ich Züge“, schreibt Kurt Salomon Maier, der Gurs als Kind überlebte. *„Aber als ich 10 Jahre alt war, musste ich die längste Zugfahrt meines Lebens machen.“* Seinem Vater sei am Bahnhof gesagt worden:

„Sie können Ihr Eisernes Kreuz abnehmen; es nützt Ihnen doch nichts.“

Maier schreibt in seinem Gedicht:

„Sie sammelten uns alle ein.

Es spielte keine Rolle, wer man war.

Wir hatten alle eines gemeinsam: wir waren, was sie suchten.“



Maier schildert Gurs als Ort voller Regen, Ratten und Gestank.

„Es war ein Ort, an dem alles grau war:

– die Wände.

– der Himmel.

Selbst der Morast war grau. Wie die Gesichter der Menschen.

Man fühlte ständig Angst im Magen.

Aber sie füllte wenigstens die Leere vom Hungern.

Man spürte auch die Kälte.

Man schlief im Mantel.

Der Nachtwind machte ihn steif wie ein Laken aus Stein.“

Dort, in Gurs, wurde Friederike Niedermanns Familie getrennt. Ihr Vater Adolf Heimberger musste ins sogenannte „Sterbelager“ von Noé, wo er verhungerte. Ihren Mann Albert, den Veteranen, verschleppte man nach Rivesaltes und Majdanek, wo man ihn ermordete. Auch für Friederike Niedermann war Gurs nur eine Zwischenstation in den grausamen Tod, in die Hölle von Auschwitz.

Vielleicht konnten auch ihre Söhne nie „Kaddisch“ sagen.

Vor ihrem Tod gab Friederike Niedermann ihre beiden Söhne in die Obhut der jüdischen Hilfsorganisation OSE. Sie konnten versteckt und gerettet werden. Gerettete Waisen: wie Ehud Loeb. Mit seinen Rettern ist Ehud Loeb immer in Kontakt geblieben. Er spricht von einfachen, demütigen Leuten, die sich nie als Helden verstanden, obwohl sie ihr eigenes Leben gefährdeten: Für sie war es keine Frage, ein Kinderleben zu retten. Es war doch eine Pflicht! So endet Ehud Loeb's Gedicht „Kaddisch“ nicht mit der Vernichtung. Es geht weiter; weiter wie sein Leben:

„Gute Menschen, einfache Menschen haben meinen Tod verhindert

Großzügige Menschen nahmen mich als ihr Kind an

Ich habe eine Familie gegründet, ich liebe sie, sie liebt mich

Ich werde sterben. Dann, umringt von Engeln, werde ich Kaddisch sagen“



Ehud Loeb lebt in Jerusalem. Er hat vier Kinder und zehn Enkel. Und er engagiert sich in der Gedenkarbeit von Yad Vashem. Dank couragierter Menschen, jüdischer und nichtjüdischer Retter, konnte sich Ehud Loeb ein neues Leben aufbauen: in Israel. Einem Zufluchtsort für Jüdinnen und Juden weltweit, nach Tausenden von Jahren des Judenhasses, nach Verfolgung und Vernichtung. Ein möglichst sicherer Hafen.

Meine Damen und Herren, seit dem vergangenen 7. Oktober leben wir aber in einer neuen Zeitrechnung. Der sichere Hafen wurde in den Krieg gestürzt, der Staat Israel tief verwundet.

Die Terrorgruppe Hamas hat zwölfhundert Menschen niedergemetzelt, ganze Familien ausgelöscht, Kibbuzim verwüstet, Frauen vergewaltigt und hält bis heute Geiseln in ihrer Gewalt. Auch um die Opfer des 7. Oktobers trauern wir heute.

Zu den Opfern des 7. Oktobers gehört Ofir Libstein, der Bürgermeister der israelischen Partnerregion des Landkreises Karlsruhe. Als israelischer Politiker engagierte sich Ofir Libstein nicht nur für die Aussöhnung zwischen Israel und Deutschland, sondern er glaubte auch an eine Versöhnung und einen Frieden zwischen Israel und Palästina. Diese Hoffnung hat die Terrorgruppe Hamas begraben. Sie hält die eigene Bevölkerung als Geisel und nimmt ihren Tod bereitwillig in Kauf. Auch den Tod derer, die mit der Hamas nichts zu tun haben wollen und sich nach Frieden sehnen. Die Herrschaft der Hamas muss enden, damit ein Frieden bald beginnen kann.

Nach den Anschlägen des 7. Oktobers, da waren die Opfer noch nicht gezählt, das Blut noch nicht getrocknet, der Qualm noch nicht verweht, da relativierten schon die Ersten den Terror und sagten: „Ja, aber ...“ Beschämenderweise auch hier, in Deutschland. Es gibt kein Aber. Keine Rechtfertigung für die Blutaten der Hamas. Mit keiner Silbe! Wer diesen Terror, diesen Massenmord an Jüdinnen und Juden unterstützt, gehört durch unseren Rechtsstaat verfolgt. Und auch wer sich antisemitisch äußert oder antisemitisch handelt, gehört durch unseren Rechtsstaat verfolgt.



Vor 75 Jahren, exakt vier Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, gab die junge Bundesrepublik mit dem Grundgesetz das Versprechen, fortan die Würde eines jeden Menschen zu achten und zu schützen. Darin angelegt war auch folgendes Versprechen: Jüdinnen und Juden in Deutschland sollten nach dem Menschheitsverbrechen der Shoah keine Angst mehr haben, nicht um ihre Würde und nicht um ihr Leben. Nie, nie, nie wieder!

Die Wahrheit aber ist: Jüdinnen und Juden in Deutschland haben wieder Angst: Angst, hebräisch zu reden, jüdische Symbole zu tragen, vor die Haustür zu gehen. Sie fühlen sich von der Mehrheitsgesellschaft im Stich gelassen. Das ist eine unermessliche Schande für unser Land.

Der Antisemitismus war leider nie verschwunden. Aber er ist neu aufgeflammt. Immer öfter, immer unverhohlener, tritt er zutage. Seit Jahren nehmen antisemitische Hassverbrechen zu. Seit dem 7. Oktober noch dramatischer. In den vergangenen Monaten verübten Antisemiten Brandanschläge auf Synagogen. Sie markierten Wohnhäuser mit dem Davidstern.

Wir als Gesellschaft müssen unmissverständlich deutlich machen: Wir dulden keinen Antisemitismus! Nicht von rechts, nicht von links, nicht aus der Mitte der Gesellschaft und nicht aus muslimischen Kreisen! Jede Form von Menschenhass gilt es zu ahnden und zu ächten: in Baden-Württemberg, in Deutschland, in Europa und in der Welt.

Meine Damen und Herren, seit Monaten gewinnt eine in Teilen gesichert rechtsextreme Partei an Zuwachs und Zuspruch. Eine scheinheilige Partei, die den Judenhass nur dann verurteilt, wenn sie dafür Hass gegen Muslime schüren kann. Eine demokratiefeindliche Partei, die in Wahrheit keine Minderheiten achtet. Die völkisch denkt und mit Neonazis paktiert. Die „Remigration“ in ihre Programme schreibt, aber Deportation meint.

Berichte über einen sogenannten „Masterplan Remigration“ der Neuen Rechten erschütterten diesen Monat unser Land. Neonazis hielten eine



Konferenz ab zur Frage, wie sie Millionen von Deutschen mit Migrationsgeschichte entrechten und vertreiben können: ein Angriff auf das Grundgesetz!

Zum Plan gehört die Vertreibung in einen afrikanischen „Musterstaat“. Das erinnert an die Idee der Nationalsozialisten, Millionen von Juden nach Madagaskar zu deportieren.

Das Neonazitreffen fand acht Kilometer entfernt vom Haus der Wannseekonferenz statt; dem Ort, an dem die NSDAP die Shoah entwarf, der heute als Museum der Mahnung dient – und in dem auch Ehud Loeb's Gedicht „Kaddisch“ zu lesen ist.

Das Treffen der Neonazis ist nicht mit der Wannseekonferenz gleichzusetzen – nichts ist mit der Shoah gleichzusetzen! Und doch erinnert es viele Menschen an das düsterste Kapitel der Geschichte. Und das rüttelte sie so sehr auf, dass dieser Tage rund eine Million Menschen auf die Straße gegangen sind.

Es heißt immer: Wehret den Anfängen! Aber womit hat es angefangen? Doch nicht erst mit den Vernichtungsplänen, nicht erst mit den Deportationen, nicht erst mit den brennenden Synagogen, nicht erst mit den Kennzeichnungen von Wohnhäusern oder mit Drohungen.

Fing es nicht eher schon an, mit der Ausgrenzung? Mit dem Vor-Urteil? Mit dem heimlichen Hass, den man immer offener zur Schau tragen konnte, weil es nicht geächtet war? Weil die Intoleranz toleriert wurde? Weil zu wenige es als ihre Pflicht erachteten, ein Leben zu retten oder wenigstens in Schutz zu nehmen? Gehören zu den Mordtaten der Mörder nicht auch die Untaten der Untätigen?

Meine Damen und Herren, es hat längst wieder angefangen. Und die Zeit, sich zu wehren, ist jetzt! Nie wieder ist jetzt! Nie wieder dürfen Menschenfeinde in diesem Land an die Macht kommen! Nie wieder darf Hass folgenlos zur Schau getragen werden! Jede und jeder Einzelne ist in der



Pflicht, das zu verhindern, aufzustehen und Haltung zu zeigen. Wo einem Hass zu Ohren kommt, gilt es, den Mund aufzumachen. Sei es am Küchentisch oder in der Kneipe, im Parlament oder auf dem Pausenhof. Nur so bewährt sich und bewahrt sich unser Grundgesetz.

Die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und Fremdenhass in den vergangenen Tagen, die hunderttausend Menschen auf den Straßen und Plätzen der Republik, sie machen ungeheuren Mut. Wir erleben hier im wahrsten Sinne eine Demonstration der Demokratie.

Auch wenn sich die Proteste noch expliziter gegen Antisemitismus richten müssten: Sie beweisen, dass die Mehrheitsgesellschaft willens ist, sich gegen die Feinde von Vielfalt zu wehren. Sie beweisen auch, dass der Blick in die Vergangenheit die Sicht für das Heute schärft.

Gegenwehr leisten wir nur in der Gegenwart. Aber sie fängt mit dem Erinnern an.

Deshalb gedenken wir, meine Damen und Herren: um die Anfänge zu erkennen und das Versprechen des „Nie wieder“ einzulösen; Tag für Tag.

Und nicht zuletzt, um diejenigen zu würdigen, die ihrer Würde beraubt worden sind.

Erinnern wir die Namen der Ermordeten wie Friederike Niedermann. Albert Niedermann. Adolf Heimberger.

Erinnern wir die Namen der Überlebenden wie Kurt Salomon Maier. Paul und Arnold Niedermann. Ehud Loeb.

Erinnern wir ihre Gesichter, ihre Geschichten, ihre Gedichte.

Wir dürfen das Erinnern niemals vergessen!



Grußwort

Dr. Frank Mentrup

Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

Es freut und ehrt uns, dass der Landtag von Baden-Württemberg heute erneut seine Gedenkstunde zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus in Karlsruhe ausrichtet und dabei den Fokus auf das Verfolgungsschicksal der badischen Jüdinnen und Juden richtet. Dazu begrüße ich Sie alle sehr herzlich.

Die Veranstaltung ist eine wertvolle Ergänzung unserer städtischen Erinnerungskultur: Seit über 60 Jahren setzen wir uns so auf ganz unterschiedliche Weise mit den nationalsozialistischen Verbrechen gegen die verschiedenen Opfergruppen auseinander, insbesondere aber mit der Verfolgung und Ermordung der Karlsruher Jüdinnen und Juden.

Nach der Deportation der Jüdinnen und Juden aus Baden und der Saarpfalz 1940 in das unbesetzte Frankreich starben im Internierungslager Gurs zahlreiche Deportierte an den dort herrschenden unmenschlichen Bedingungen. Sie fanden auf dem Lagerfriedhof ihre letzte Ruhestätte. Als der Karlsruher Oberbürgermeister Günther Klotz 1957 auf die Verwahrlosung dieses Friedhofs aufmerksam gemacht wurde, ergriff er die Initiative zur Instandsetzung der Anlage. Das gelang in Zusammenarbeit mit dem Oberrat der Israeliten Badens und den französischen Behörden bis 1963.

Unterstützt wurde das Projekt von den badischen Städten und Landkreisen, aus denen die auf dem Friedhof Bestatteten stammten. Bis heute unterhält eine Arbeitsgemeinschaft zahlreicher badischer Städte und des Bezirksverbands Pfalz den Friedhof und richtet dort eine jährliche Gedenkveranstaltung aus. Die Geschäftsführung hat die Stadt Karlsruhe.



Anlässlich des 50. Jahrestags der Reichspogromnacht lud die Stadt Karlsruhe 1988 alle überlebenden Karlsruher Juden und Jüdinnen zu einem Besuch in Karlsruhe ein.

Ein weiteres Projekt ist das „Gedenkbuch für die Karlsruher Juden“. Unter Hilfestellung unseres Stadtarchivs können Bürgerinnen und Bürger Biografien der über 1000 Karlsruher Todesopfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft recherchieren und schreiben. Das Gedenkbuch ist ein Erfolg, dank des Engagements der Zivilgesellschaft wurden bisher Biografien für 643 Todesopfer verfasst.

Die genannten Initiativen haben eines gemeinsam: Sie sind keine einmaligen „Events“, sondern sie haben mittlerweile eine jahrzehntelange Tradition und wurden zu beständigen Strukturen der städtischen Gedenkarbeit. Diese Strukturen vielfältig und lebendig zu ergänzen, um möglichst breite Kreise der Bevölkerung zu erreichen, ist nur durch das gerade genannte Engagement der Zivilgesellschaft möglich. So waren es in Karlsruhe zum Beispiel Einzelpersonen, die die Erforschung der Verfolgung der Sinti und Roma oder des „Euthanasie“-Mordprogramms anstießen.

Auch die Karlsruher Schulen beteiligen sich vielfältig an der Erinnerungsarbeit – sei es durch ihre Mitarbeit am Mahnmal Neckarzimmern, durch die Ausrichtung eigener Gedenkveranstaltungen oder durch ihre Beteiligung an der jährlichen Mahnwache am 9. November in der Kronenstraße, wo bis zur Reichspogromnacht die Synagoge der liberalen jüdischen Gemeinde stand. Auch die von zahlreichen Gruppen der Stadtgesellschaft getragene jährliche Gedenkveranstaltung am Abend des 9. November zeugt eindrucksvoll vom Engagement der Karlsruherinnen und Karlsruher für die Gedenkkultur.

Wir sind überzeugt: Es ist sinnvoll, die Gedenkarbeit an einzelnen lokalen Ereignissen und Persönlichkeiten festzumachen. Sie konkretisieren die unfassbaren Verbrechen, verdeutlichen die Einzelschicksale hinter den Zahlen und verknüpfen die europaweite Dimension der Verbrechen mit der eigenen lokalen Geschichte. Beispielhaft steht der Name Ludwig Marum in



Karlsruhe für diese Perspektive. Der Rechtsanwalt und Politiker jüdischer Herkunft gehört zu den frühen Opfern des Nationalsozialismus. Vor 90 Jahren wurde er im Konzentrationslager Kislau ermordet.

Und genau hier, auf dem Areal des frühen Konzentrationslagers Kislau bei Bruchsal soll ein „Lernort“ entstehen, ein interaktiver – nennen wir es: „Geschichtsparcours“, auf dem die Besucherinnen und Besucher anhand der Biografien badischer Nazigegnerinnen und -gegner Geschichte nahe erleben und auch Gedanken für das Hier und Jetzt entwickeln sollen. Durch eine Kombination aus Geschichtsvermittlung und Wertedialog möchten wir an diesem Ort vermitteln, warum man demokratiefeindlichen Tendenzen so früh wie möglich entgegentreten muss.

Seit vielen Jahren kümmert sich darum auch der Karlsruher Verein „Forum Ludwig Marum“. Er will – neben dem Andenken an seine Person – vor allem auch für die uneingeschränkte Erhaltung der Grund- und Menschenrechte, der demokratischen Institutionen und der rechtsstaatlichen Normen sowie für religiöse Toleranz wirken.

In diesem Ziel weiß sich das Forum einig mit der Reinhold-Frank-Gedächtnisvorlesung, die die Stadt Karlsruhe seit dem Jahr 2000 zum Gedenken an den Karlsruher Rechtsanwalt und von den Nationalsozialisten nach dem 20. Juli 1944 ermordeten Widerstandskämpfer jährlich ausrichtet. Frank verteidigte als Anwalt vor dem Volksgerichtshof auch Jüdinnen und Juden.

In unserer Gedenkarbeit steht die Aufklärung über den Antisemitismus, seine ideologischen Grundlagen und seine furchtbaren Folgen im Mittelpunkt – dafür stehen wir angesichts der Millionen jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in der Verantwortung. Und der Antisemitismus ist kein vorrangig historisches Problem. Wir wissen in Deutschland seit Jahrzehnten, dass der Juden Hass hier auch nach 1945 andauerte, sichtlich in neonazistischen Kreisen, aber auch, das legten sozialwissenschaftliche Studien offen, in der sogenannten Mitte der Gesellschaft.



Wir haben uns nicht nur mit beständigen antisemitischen Angriffen von rechts gegen jüdisches Leben hier in Deutschland und auf die Gedenkkultur im Allgemeinen auseinandersetzen. Nicht erst, aber endgültig unübersehbar mit dem unfassbaren Massaker von Hamas-Terroristen am 7. Oktober 2023 sehen wir den Antisemitismus in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft – auf der Straße, aber auch in den Bereichen, die wir bislang als Refugien von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten ansahen: dem Wissenschaftsbereich, der Kunst und der Kultur. Hier müssen wir entschieden aufmerksam sein und dem entgegenreten, dabei aber auch zwischen antisemitischer Propaganda und berechtigtem Anliegen unterscheiden.

Das stellt die Gedenkarbeit vor ganz neue Aufgaben. Wir müssen uns mit diesen aktuellen Formen des Antisemitismus auseinandersetzen und dabei gegenwarts- und zukunftsgerichtete Formate entwickeln, die auch die Probleme der Gegenwart mit einbeziehen. Wir als Stadt können dabei Hilfestellungen geben, aber erfolgreich können solche Bemühungen nur sein, wenn hier wie bei den oben genannten Beispielen die Zivilgesellschaft aktiv wird.

So, wie die Zivilgesellschaft in beeindruckender Weise seit einigen Wochen aktiv ist und ihre Meinung, ihre Überzeugung, wofür die übergroße Mehrheit in Deutschland steht, hunderttausendfach auf Demonstrationen und Mahnwachen bekundet. Seit den Enthüllungen über das Geheimtreffen in Potsdam, habe nicht nur ich den Eindruck, geht ein Ruck durch unsere Gesellschaft. Die Menschen sind wachgerüttelt. Und sie haben erkannt: „Demokratie braucht Demokraten“.

20.000 Menschen sind vor knapp einer Woche alleine in Karlsruhe zu einer Kundgebung auf den Marktplatz gekommen. Es war die bislang größte Demonstration, die es je in unserer Stadt gegeben hat. Es war eine friedliche, es war eine tolle Atmosphäre. Es war DIE Gesellschaft, die hier zusammenkam; eine bunte, eine vielfältige, eine quirlige Mischung. Ein echter Querschnitt. Ein klares Bekenntnis zu unseren demokratischen Grundwerten, zu Freiheit und Menschenwürde. Und alle einte das eine Ziel, das auch auf zahlreichen der Plakate stand: „Nie wieder ist jetzt!“

Deshalb bleibt es auch unsere Verpflichtung: Immer wieder daran erinnern, was geschehen ist – auch oder gerade fast 80 Jahre nach Ende der NS-Schreckensherrschaft, die Erinnerung lebendig halten und in das Hier und Jetzt führen. Auch deswegen brauchen wir dieses zentrale Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Danke, dass Sie alle hier sind. Lassen Sie uns weiter zusammenstehen.



Grußwort

Rami Suliman

Vorsitzender der Israelitischen
Religionsgemeinschaft Baden

Kawod rabbonim, sehr geehrte Herren Rabbiner,
sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Frau Aras,
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Frank,
liebe Oberratsdelegierte und liebe Vertreterinnen und Vertreter
der jüdischen Gemeinden,
meine Damen und Herren,
liebe Freunde,

der heutige Tag steht im Zeichen der Erinnerung an die
Juden in Baden. Heute gedenken wir besonders der Opfer
der nationalsozialistischen Gewalt in den badischen
Städten von Konstanz im Süden bis Heidelberg und
Mannheim im Norden.

Die Geschichte der Juden in Baden war jahrhundertlang
geprägt von mal friedlichen und mal gewaltvollen Zeiten.
Doch Gewalt, Bedrohung und Pogrome waren immer Teil
unserer Geschichte.

Schon im Mittelalter, aber auch danach, gab es schlimme Ereignisse, die in
fast allen Städten zur Auslöschung der ganzen jüdischen Gemeinde führten.

Von der Zeit der Kreuzzüge vor über tausend Jahren, über die Pogrome der
Pestzeit im 14. Jahrhundert, der Inquisition in Spanien im 15. Jahrhundert
und auch den Anfeindungen im 18. Jahrhundert im Osten Europas.

Das jüdische Leben in Baden war immer bedroht. Das erklärt auch, warum
wir heute so wachsam sind, wenn neue Wellen der Gewalt spürbar sind.

Der Gipfel dieser Entwicklung war die Nazizeit. In dieser Zeit wurde faktisch
das gesamte jüdische Leben bei uns vernichtet.

Oft denkt man dabei an 1938 und die Reichspogromnacht. Hier wurden
Synagogen verbrannt und zerstört. Schon 1933 gab es erste Wellen der
Gewalt. Weitere folgten.



Aber für uns heute im Gedenken rückt das Jahr 1940 in den Vordergrund, weil hier Menschen deportiert wurden. Aus Karlsruhe, Pforzheim, Baden-Baden und den anderen Gemeinden gingen Juden auf Transportzüge, die nach Gurs führten. Es war der Beginn der Vernichtung.

Das Judentum in Baden ist anders organisiert als in vielen Teilen Deutschlands. Die jüdische Gemeinschaft in Baden war schon immer dezentral aufgestellt. Heute noch sieht man es daran, dass es zehn starke Gemeinden gibt. Das war früher auch schon so oder, besser gesagt, noch viel stärker: Im 19. Jahrhundert gab es in hunderten Dörfern und Städten in Baden jüdische Bevölkerung. In manchen Dörfern wie Königsbach oder Obergrombach stellten sie einen großen Teil der Bevölkerung.

Gerade mit Blick auf diese große Sichtbarkeit der jüdischen Gemeinden verwundert heute eines: Schon vor der Wannseekonferenz 1942 galt Baden in der Zeit des Nationalsozialismus als „judenfrei“ – vor den meisten anderen Regionen in Deutschland. Wie kann es sein, dass gerade in Baden, das als so liberal galt, wo jüdisches Leben zum Alltag gehörte, dass gerade hier der Nationalsozialismus so schnell Fuß fassen und das jüdische Leben zerstören konnte?

Diese Perspektive gehört auch zu Baden, wenn wir heute der jüdischen Opfer der Gewaltherrschaft gedenken.

Für mich, für viele ist es deshalb wichtig, die Ereignisse vom 7. Oktober 2023 in einen größeren Kontext zu stellen. Israel war für die Juden immer die Garantie eines sicheren Ortes, eines einzigen wirklich sicheren Ortes auf der Welt. Der 7. Oktober hat diese Sicherheit infrage gestellt. Der Schock sitzt tief und auch für die Juden in Baden sind die Beziehungen nach Israel oftmals eng und stark.

Wenn wir also heute der jüdischen Opfer der Gewalt in Baden gedenken, dann können wir das nicht tun, ohne zu sehen, was heute passiert, was gerade jetzt passiert. Wir können nicht das Thema der Verfolgung von Juden und das Erinnern zu einem Thema für das Museum machen.



Judenverfolgung, Judenhass und Pogrome sind auch Teil unserer Gegenwart. Für uns ist das sehr präsent. Und es ist wichtig, das zu betonen. Auch heute und hier.

Dazu gehört es auch, dass unser Einsatz gegen Antisemitismus hier in Deutschland nicht nur zu leeren Worten wird. Viele haben uns Solidarität gezeigt. Viele stehen an unserer Seite. Insbesondere die Landespolitik hat immer ein offenes Ohr für uns. Und doch fällt es auch vielen schwer, über importierten, durch Migration ausgelösten Antisemitismus in Deutschland zu reden. Es ist für viele ein heikles Thema, aber es ist nötig, dass wir darüber sprechen, weil es hier Handlungsbedarf gibt und weil wir unsere Freunde, gerade auch bei den Muslimen, alleinlassen, wenn wir das nicht thematisieren.

Tage wie heute, solche Gedenkveranstaltungen zeigen mir, dass das Judentum gesehen wird, dass das Erinnern auch in der Gegenwart funktioniert. Aber ich möchte appellieren, dass wir nicht damit aufhören und den Ruf gegen Antisemitismus nicht zu leeren Worten machen.

Wir müssen aufstehen, auch schwierige Themen diskutieren und auch verstehen, was der 7. Oktober mit uns gemacht hat. Wir wollen einen sicheren Ort auf dieser Welt – wir hatten ihn.

Es muss ein genaues Hinschauen geben, wo Antisemitismus sich hinter anderen Themen versteckt und wo es in Wahrheit darum geht, jüdisches Leben zu zerstören.

An Tagen wie heute müssen wir deshalb aufstehen und alles dafür tun, dass solche Stimmen kein Gewicht haben.

STEHEN WIR GEMEINSAM AUF!



Fachvortrag

Prof. Dr. Doron Kiesel

Wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland

Müssen wir wieder Angst haben? Jüdisches Leben in Deutschland

Befragt nach dem Gefühl der Zugehörigkeit, dürften sich viele der hierzulande lebenden Jüdinnen und Juden in Deutschland als Teil der hiesigen Gesellschaft verorten (Ben-Rafael, Sternberg, Glöckner, 2010).¹ Vergleiche mit anderen europäischen Staaten wie Frankreich oder Ungarn lassen erkennen, dass sich die in Deutschland lebenden Juden nicht ernsthaft mit dem Gedanken tragen, aus der Bundesrepublik auszuwandern. Eigentlich eine erfreuliche Bestandsaufnahme im Jahre 78 nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Shoah. Und

dennoch werden Risse in der Fassade des gemeinsamen deutsch-jüdischen Gebäudes sichtbar: Mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand zum Nationalsozialismus und dem Verblässen der Erinnerung nehmen Geschichtskonstruktionen, Verzerrungen oder Leugnungen der historischen Geschehnisse immer häufiger zu. Subtile antisemitische Einstellungen werden überlagert durch zunehmend offen vorgetragene jüden- und israelfeindliche Positionen. In umliegenden europäischen Ländern gewinnen rechtspopulistische Parteien an Einfluss und in mehreren osteuropäischen Staaten geben nationalistische und unverhohlenen antisemitisch argumentierende Regierungen die politische Richtung an. In Deutschland hat sich die Wählerschaft einer rechtspopulistischen, fremdenfeindlichen Partei auf circa fünfzehn Prozent eingependelt und entspricht in ihrem Umfang somit der in Umfragen ermittelten Größenordnung völkisch-antisemitischer Einstellungen innerhalb der Bevölkerung.

¹ Bislang gibt es nur wenige Studien zum subjektiven Erleben und Wahrnehmen von Antisemitismus. Die Umfrage des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestages im Jahr 2017 konstatiert allerdings eine subjektiv empfundene Zunahme an Antisemitismus und ein steigendes Gefühl der Bedrohung (Zick et al., 2017). Dazu später.



An dieser Stelle erscheint es sinnvoll, die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland nach 1945 zu rekapitulieren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zivilisationsbruch der Shoah war es unvorstellbar, dass Juden jemals wieder in Deutschland leben würden. Nach ihrer Befreiung aus den Konzentrationslagern durch Truppen der alliierten Streitkräfte wurden die jüdischen Überlebenden auf mehrere DP-Camps verteilt, Auffanglager für sogenannte Displaced Persons, die auf dem Boden der westdeutschen Besatzungszonen errichtet worden waren. Sie sollten nur vorübergehend im Land der Täter verweilen, um dann in einen der sie aufnehmenden Staaten auszureisen. Die meisten von ihnen waren buchstäblich dem Tod entronnen, erschöpft, krank, von den Qualen in den Lagern gezeichnet und – nach allem, was sie selbst erlebt hatten oder mit ansehen mussten – schwer traumatisiert. Diese Auffanglager, die ihnen vorübergehend Schutz und die Ahnung eines Neuanfangs vermittelten, wurden in den 1950er Jahren wieder geschlossen, nachdem die meisten ihrer Bewohner ausgewandert waren. Eine kleine Gruppe von circa 15.000 meist aus Osteuropa stammenden Überlebenden war jedoch aus vornehmlich verfolgungsbedingten gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage oder willens, an einem dritten Ort einen Neuanfang zu wagen. Diese zumeist in den größeren Städten der jungen Bundesrepublik ansässigen jüdischen Überlebenden sollten den Grundstock der Nachkriegsgemeinden bilden. Sie lebten mitten unter den Tätern und führten ein Schattendasein in einer Gesellschaft, in der sie quantitativ keine relevante Größe repräsentierten und eigene Bewältigungsstrategien in einem ihnen unvertrauten und zum Teil feindlich gesinnten Umfeld entwickeln mussten. Zugleich wurden sie von jüdischen Organisationen heftig attackiert, weil sie sich in einem Land niedergelassen hatten, das weltweit wegen seiner Verbrechen diskreditiert und in der jüdischen Welt als Ort des Schreckens und des staatlich verfügten Terrors verrufen war.

Die kleine jüdische Gemeinschaft wuchs bis Ende der 1980er Jahre auf rund 30.000 Mitglieder an. Die Kinder der Überlebenden wuchsen in einem Land auf, zu dem sie äußerst ambivalente Beziehungen entwickelten. Sie wussten um die traumatischen Erfahrungen ihrer Eltern, die ihnen nicht selten suggerierten, dass es für Juden in Deutschland keine Zukunft gäbe,



obwohl sie selbst dageblieben waren. In dieser zweiten Generation wuchs zugleich die Erkenntnis, dass die politische Klasse der Bundesrepublik die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte als herausragenden Aspekt der politischen Kultur verstand und das Ziel verfolgte, eine stabile liberale Demokratie im Rahmen verlässlicher politischer Strukturen zu etablieren. Die Bereitschaft, die Bundesrepublik als eigenen Lebensmittelpunkt zu akzeptieren und sich mit ihrem politischen System zu identifizieren, führte schließlich auch dazu, dass immer mehr jüdische Gemeinden aus ihrem Schattendasein an die Öffentlichkeit traten. Jüdische Gemeindezentren wurden ebenso gegründet wie jüdische Schulen und Kindergärten. Der Wiederaufbau von Synagogen, die Eröffnung jüdischer Museen und schließlich die Gründung der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg im Jahr 1979 waren sowohl Ausdruck des wieder erstarkenden Selbstbewusstseins der Mitglieder jüdischer Gemeinden als auch von deren Bereitschaft, an verschüttete jüdische Traditionen anzuknüpfen und sich an öffentlichen Debatten zu beteiligen.

Die Perestroika und die anschließende Auflösung des Warschauer Paktes führten zu einer Massenauswanderung russischsprachiger Juden aus der ehemaligen Sowjetunion. Die meisten Juden wanderten nach Israel aus. Rund 200.000 Juden entschieden sich, nach Deutschland zu immigrieren, nachdem die Bundesregierung ihr Interesse erklärte, jüdischen Einwander*innen aus den GUS-Staaten die Möglichkeit einzuräumen, sich in Deutschland niederzulassen. Über die Hälfte der Eingewanderten entschied sich für die Mitgliedschaft in einer der rund hundert bereits bestehenden oder neu gegründeten jüdischen Gemeinden. Mancherorts gründeten die Eingewanderten selbst neue jüdische Institutionen, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Mit der russischsprachigen jüdischen Zuwanderung verdreifachte sich die Zahl der Gemeindemitglieder in Deutschland innerhalb weniger Jahre. Die jüdische Stimme nahm an Bedeutung zu, und allen Prognosen und Warnungen zum Trotz wuchs die jüdische Gemeinschaft in Deutschland stark an und ist heute nach England und Frankreich die drittgrößte in Europa. Befragt nach ihrem Integrationsverlauf, betonten die meisten überwiegend



jüngeren Einwander*innen – also die Angehörigen der zweiten Generation der russischsprachigen Juden –, dass sie ihre Zukunft in Deutschland mit seinen demokratischen Spielregeln sehen und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen möchten. Für viele, die in der Sowjetunion keine Möglichkeit hatten, ihr Judentum zu leben, war die jüdische Gemeinschaft in Deutschland eine Möglichkeit, einen Zugang zur jüdischen Identität zu finden. Viele von ihnen konnten sich nach Jahrzehnten aufgezwungener Identitätsverdrängung den Wunsch nach gemeinschaftlicher Zugehörigkeit und kultureller Anerkennung endlich erfüllen.

Bis vor wenigen Jahren hatten die meisten in der Bundesrepublik lebenden Juden keinen Zweifel daran gelassen, dass sie sich zwar als Minderheit, aber zugleich als Teil der politisch stabilen, demokratischen deutschen Gesellschaft sehen. Während in anderen europäischen Staaten antisemitische Stimmungen, politische Bewegungen oder Parteien auf wachsende Zustimmung stießen, schien Deutschland von diesem „Phänomen“ verschont zu bleiben. Vielleicht war das eine schützende und stabilisierende Wahrnehmung, die jüdische Menschen nach außen getragen haben, oder auch Ausdruck eines dualen Verständnisses: Antisemitismus auf der einen Seite, die formal geschichtsbewusste Gesellschaft auf der anderen. Die systematische historisch-politische Bildung zum Nationalsozialismus schien gefruchtet und das Land der Täter sich in ein Bollwerk der Demokratie verwandelt zu haben.

Selbstverständlich wussten und wissen in Deutschland lebende Juden, wie dünn das Eis der Erkenntnis ist. Schon früh spürten sie, dass die offizielle Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der Shoah kein Garant für die vorurteilsfreie Haltung gegenüber Juden ist. Der Antisemitismus war nach dem Ende des Nationalsozialismus nicht verschwunden. Nicht nur subtile Vorbehalte, auch tief verinnerlichte Aggressionen wie die Täter-Opfer-Umkehr prägten die Wahrnehmung der nichtjüdischen Mehrheit gegenüber Juden. Das äußerte sich immer wieder in öffentlichen Entgleisungen, offen oder anonym geäußerten Hetzreden, Schändungen jüdischer Grabsteine und sogar vereinzelt Übergriffen. Ebenso wurden in den Medien, an Schulen oder Hochschulen israelkritische Positionen vertreten,



die nicht selten antisemitische Ressentiments transportieren. In Deutschland lebende Juden wurden hierbei für die politischen Verhältnisse im Nahen Osten verantwortlich gemacht, und die Verbrechen der Nationalsozialisten wurden dadurch relativiert, dass die Situation der Palästinenser entkontextualisiert und mit jener der Juden in Nazideutschland gleichgestellt wurde. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass die Angriffe gegen Israel der Schuld- und Erinnerungsabwehr dienen und von einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem israelisch-arabischen Konflikt weit entfernt waren.

Nichtsdestotrotz hatte sich das Verhältnis zwischen Angehörigen der jüdischen Gemeinschaft und den nichtjüdischen Deutschen in den vergangenen Jahrzehnten stabilisiert. Jüdische Intellektuelle, Schriftsteller*innen, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen genießen ein hohes gesellschaftliches Ansehen und Wertschätzung, jüdische Institutionen erfahren einen hohen Grad an Aufmerksamkeit. Aber wie in all den Jahren davor lässt sich eine Gleichzeitigkeit beobachten: Während sich die gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen weiterentwickeln, kommt es immer wieder zu Bruchstellen, zu antisemitisch aufgeladenen öffentlichen Debatten – man denke an die Beschneidungsdebatte, die Kontroversen um Postkolonialismus und Antisemitismus aus Anlass der auf der Documenta 15 präsentierten Objekte oder an die antisemitischen Übergriffe an Schulen. Auch die öffentliche Reaktion auf den Gazakrieg 2014 war von hasserfüllten Attacken gegen Juden und Israel gekennzeichnet. Mit dem Auftauchen der rechtspopulistischen AfD in der politischen Landschaft auf der einen Seite und auf der anderen der Zuwanderung von über einer Million überwiegend muslimischer Geflüchteter, darunter solcher, die aus Staaten kommen, die sich mit Israel faktisch im Kriegszustand befinden, stellt sich für viele Jüdinnen und Juden die Frage, ob sie weiterhin davon ausgehen können, dass sie in diesem Land wirklich erwünscht sind. Erinnerungen werden wach und scheinbar überwunden geglaubte Ängste drängen sich wieder ins Bewusstsein.



Der gegenwärtige Antisemitismus

Der gegenwärtige Antisemitismus ist eine „vertraute“ Projektionsfläche, ein Syndrom der Auf- und Abwertung, das auch in der Mitte der Gesellschaft tief verankert ist. Die im Antisemitismus fest eingeschriebenen Bilder und Mythen stellen den Kern antisemitischer Konstruktionen dar (Kiesel, Eppenstein, 2020). Diese Bilder sind historisch überliefert und entstammen einer jahrhundertealten Tradition, die von Generation zu Generation weitergegeben wurde und Juden als „Andere“ und „Fremde“ konstruiert. Was daraus resultiert, ist die Wahrnehmung des „Jüdischen“ als etwas, das immer noch auf dem binären Unterscheidungsprinzip zwischen Eigenem und Fremdem basiert und scheinbar unüberwindbare Gruppen-grenzen festlegt. Die Phantasie von einem jüdischen Kollektiv lässt die Unterscheidung zwischen „uns“ und „den Juden“ kraftvoll nachwirken. Demnach werden Juden als ein in sich homogenes, monolithisches Kollektiv wahrgenommen und mit stereotypen Merkmalen – Eigenschaften, Verhaltensweisen, ja Absichten – belegt. Dabei geht es auch um eine affektbezogene und durch Vorurteile begründete Abneigung gegen alles „Jüdische“ als eine gruppenbezogene Aversion, die sich nur selten auf wirkliche Erfahrungen stützt und so gesehen ein überindividuelles, psychohistorisches Konzept darstellt (Bundschuh, 2007). Diese Art der Wahrnehmung von Juden und Jüdischem – die sogenannte Idiosynkrasie – ist im kollektiven Bewusstsein von Großgruppen wie auch in einigen individuellen Einstellungskonzepten der Einzelnen fest verankert und existiert auch ohne jüdische Präsenz oder „jüdisches Verhalten“ (ebd.).

Antisemitische Ressentiments bleiben über die Jahre stabil und sind in ihrem Gehalt außerordentlich konsistent. Sie wirken emotionsevozierend, stärken den Identitätserhalt und fördern gesellschaftliche Gruppenbildungsprozesse. Sie verfügen über eine stark legitimierende Macht und unterliegen einer besonderen Dynamik, welche die klassischen Motive übernimmt, aber gleichzeitig für neue Rationalisierungen, Projektionen und Verschiebungen anfällig bleibt. Solch diffuse und affektgeladene Ressentiments zeigen sich nicht immer offen oder beabsichtigt. Aber auch ein unbeabsichtigtes antisemitisches Sprechen kann antisemitisch konnotiert sein und eine verheerende Wirkung entfalten. Demgegenüber stehen



manifeste – ideologisch geformte – Einstellungen, die eine bewusste Auffassung widerspiegeln und gezielt zum Ausdruck gebracht werden. Einstellungen müssen nicht zwingend zu Handlungen führen, aber die Gesinnung zieht fast immer die eine oder andere Artikulationsform nach sich. Antisemitische Ressentiments weisen gegenüber anderen gruppenbezogenen Ressentiments zudem Besonderheiten auf. Im Antisemitismus geht es vor allem um die Stereotypisierung der jüdischen „Gruppe“ und die Zuschreibung von Allmachtsphantasien. Außerdem wird sie mit gegensätzlichen Zuweisungen versehen: „arm“ oder „reich“, „elitär“ oder „minderwertig“, „kapitalistisch“ oder „kommunistisch“ (BMI, 2017, insb. S. 23-28). Weitergehende Äußerungen antisemitischer Einstellungen können darüber hinaus Einfluss auf die Ebene der Handlungen nehmen und etwa in der direkten Forderung nach einer Benachteiligung von Juden und letztlich im Absprechen der Bürger- und Menschenrechte münden. Gehen solche Auffassungen in konkrete Handlungen über, handelt es sich um Formen eines gewalttätigen Antisemitismus, der sich in Angriffen auf Einrichtungen und Personen zeigt und in seiner letzten Konsequenz zur systematischen Verfolgung und Ermordung führen kann.

Wie sehen Jüdinnen und Juden das Problem des aktuellen Antisemitismus? Was sind ihre Wahrnehmungen, Einschätzungen und Bewältigungsstrategien in der alltäglichen Konfrontation mit Antisemitismus? Wo finden diese Konfrontationen statt und was bedeuten sie für das jüdische Leben in Deutschland vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verfolgung und der damit verbundenen Folgewirkungen? Dies kann sich beispielsweise so artikulieren: „Wenn man zugibt, jüdisch zu sein, verändert sich die Sicht der anderen Person ... Also entweder wird man besser behandelt oder schlechter oder man wird skeptisch behandelt, *aber irgendwas wird sich definitiv verändern*, und das möchte ich nicht“ (Chernivsky, 2015). Antisemitismus zu erfahren, bedeutet nicht nur, mit Vorurteilen konfrontiert zu sein, sondern auch mit alltäglichen Aggressionen, Herabwürdigungen und Exotisierungen, die nicht nur vom Einzelnen persönlich, sondern auch indirekt über die Familie, öffentliche Diskurse und antisemitische Vorfälle erlebt werden.



Antisemitische Erfahrungen stehen in Deutschland genuin in einem engen Zusammenhang mit den Folgen der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der Juden in Europa. Traumatische (transgenerationale) Erfahrungen, die aufgrund ihres extremen Ausmaßes und der ausbleibenden Solidarität der nichtjüdischen Bevölkerung nicht verarbeitet werden konnten, bleiben nicht nur für direkt Betroffene, sondern auch für die nachfolgenden Generationen eine spürbare Belastung. Darüber hinaus ist der Antisemitismus nicht nur auf individueller Ebene in Form von direkten Abwertungen und Übergriffen virulent, sondern auch als Bestandteil gesellschaftlicher Strukturen. Das äußert sich in Diskursen, Debatten oder auch über normative Identitäts- und Rollenzuweisungen (BMI, 2017, S. 97). Das bedeutet, dass der Antisemitismus auf der individuellen Ebene wirkt (z. B. in Form von direkten Abwertungen und Übergriffen) und gleichzeitig auf institutioneller, struktureller und diskursiver Ebene zu finden ist (z. B. als symbolische Diskriminierung durch Diskurse, in Form von Regelungen, die jüdisches Leben in Deutschland ignorieren oder erschweren). Dazu gehören die immer wieder aufkommenden Forderungen, die gesetzlich geregelte Beschneidung jüdischer Jungen zu untersagen oder das entsprechend der jüdischen Speisegesetze praktizierte Schächten von Tieren zu verbieten (ebd.). Strukturelle Formen von Diskriminierung äußern sich nicht zuletzt auch in rechtlichen Fragen, der gewährten Sicherheit und dem gebotenen Schutz, die eine Minderheit erfährt.²

Vieles davon bleibt jedoch für die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft weitgehend unsichtbar. Der Umgang damit ist in der Gesellschaft immer noch mit Ambivalenzen verbunden und von Abwehr- sowie Distanzierungspraktiken geprägt. Die Thematisierung von Antisemitismus geht daher mit Abwehrmechanismen einher, und die Sicht der Betroffenen wird tendenziell ausgeblendet (ebd., S. 91-115). Es gibt auch erstaunlich wenig Kenntnis darüber, wie jüdische Menschen den gegenwärtigen Antisemitismus wahrnehmen, erleben und bewältigen. Im deutschsprachigen Raum existiert eine Reihe aussagekräftiger empirischer Studien zu antisemitischen Einstellungen. Der überwiegende Teil von ihnen folgt jedoch kognitiven Ansätzen, das heißt, es werden vor allem Stereotype und verbalisierte

Vorurteile untersucht, während emotionale Aspekte und die Zusammenhänge zwischen kognitiven und affektiven Anteilen antisemitischer Kommunikation und Praxis (noch) nicht ausreichend erforscht sind (Jensen & Schüler-Springer, 2014). Ähnlich sieht es bei der Erforschung der Betroffenenperspektive aus. Das Verständnis von Antisemitismus ist also maßgeblich durch die historische Perspektive und die Einstellungsforschung geprägt. Darin spielten die Erfahrungen derjenigen, die von Antisemitismus betroffen sind, eher eine untergeordnete Rolle. Ihre Differenzrealitäten, Perspektiven und Bedürfnisse werden nicht explizit gemacht und verbleiben bis heute häufig außerhalb der hiesigen Debatten um gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung.

Die vom zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus (UEA) in Auftrag gegebene Studie zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus hat diese Leerstelle gefüllt.³ Befragt wurden mittels einer Onlinebefragung über 500 Personen zu ihren Erfahrungen mit sowie Deutungen von Antisemitismus, was durch eine weitere qualitative Untersuchung einen tiefen Einblick in ihre Wahrnehmungen, Belastungen und Bewältigungsstrategien ermöglicht. 76 Prozent der 553 Befragten halten den Antisemitismus für ein eher bzw. sehr großes Problem, 78 Prozent meinen, der Antisemitismus habe in den letzten fünf Jahren etwas bzw. stark zugenommen. Die Spannbreite ihrer Erfahrungen reicht von subtilen Formen bis hin zu verbalen Beleidigungen und physischer Gewalt. Dabei geht es nicht zwingend um direkte, sondern auch um ungerichtete, nicht direkt auf Personen bezogene (symbolische sowie diskursive) Erfahrungen im Internet, auf Demonstrationen, in der Schule, am Arbeitsplatz. Als Täter wurden von den Betroffenen überproportional häufig muslimische Personen genannt, daneben aber auch links und rechts Orientierte und gerade bei den versteckten Andeutungen auch Personen aus der „Durchschnittsbevölkerung“. Besonders der sekundäre Antisemitismus, der sich zwischen den Zeilen und eher als Andeutung äußert, stellt das subjektive Empfinden von Normalität und Zugehörigkeit infrage und verstärkt die Wahrnehmung von Juden als „Nichtzugehörige“. Schon diese wenigen Diskurslinien vermitteln einen Eindruck von der Perspektivendivergenz, die mögliche Annäherungsprozesse zwischen der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft und der jüdischen Gemeinschaft erheblich beeinflusst.

² In einer repräsentativen Umfrage von 2006 verneinte noch ein Viertel der Befragten, dass Juden die gleichen Rechte wie die Mehrheitsgesellschaft haben sollten (Bergmann, 2011, S. 6).

³ Mit der Studie zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus beauftragte der Unabhängige Expertenkreis das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick. Die qualitative Studie wurde von Prof. Dr. Julia Bernstein umgesetzt (Zick et al., 2017). (Dazu siehe auch BMI, 2017, S. 91-115.)



Zudem ist mit Blick auf die Geflüchteten aus Ländern des Nahen Ostens die Sorge groß, sie könnten den in ihren Ländern verbreiteten Antisemitismus mitbringen. Der Großteil der Befragten empfindet den Alltagsantisemitismus, der sie buchstäblich umgibt, als belastend. Es besteht ein hohes Ausmaß an Verunsicherung und Angst vor Übergriffen. Das zieht Vorsichtsmaßnahmen nach sich: Bestimmte Orte werden gemieden, jüdische Symbole versteckt, jüdische Zugehörigkeit verschwiegen. Zugleich wählen nur recht wenige Befragte den Weg, konkrete Vorfälle zu melden, noch weniger lassen sich beraten. Das Dunkelfeld der nicht angezeigten auch gravierenden Vorfälle dürfte daher hoch sein.

Die Perspektive derjenigen, die von Fremdmachung, Abwertung und Ausgrenzung unmittelbar betroffen sind, unterscheidet sich in der Regel von der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft, die mit solchen Erfahrungen nicht konfrontiert wird. Denjenigen, die antisemitische Bedrohungen befürchten und ihre Sorge vor einem erneuten Anstieg von Antisemitismus bis hin zu körperlichen Angriffen artikulieren, schlägt nicht selten Unverständnis entgegen. Mehr oder weniger offen im Raum steht der Vorwurf, die Situation übertrieben darzustellen, überempfindlich oder alarmistisch zu sein. Bei der Auseinandersetzung mit Antisemitismus sind die Schicksale, Erinnerungen und Erfahrungen der Jüdinnen und Juden in Deutschland wegen des Holocaust eng mit den Perspektiven der nichtjüdischen, alteingesessenen deutschen Mehrheitsangehörigen verknüpft, deren Vorfahren auf die eine oder andere Weise direkt oder indirekt an der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der Juden beteiligt waren und ihre Erlebnisse an die Nachkommen weitergegeben haben. Die Frage, wie Jüdinnen und Juden heute in Deutschland Antisemitismus erleben, berührt also immer auch Fragen der familialen und kollektiven Identität und fordert zur Selbstreflexion der eigenen Familiengeschichte heraus.

Ein Teil der jüdischen Bevölkerung ist in Deutschland durch die aktuellen Formen des Antisemitismus verunsichert. Negative bis feindliche Haltungen gegenüber Israel werden nicht nur in den klassischen Medien, sondern verstärkt auch in sozialen Netzwerken und politischen Bewegungen und



Parteien sehr genau wahrgenommen bzw. registriert. Der Fluss der politischen Prozesse verlangt eine genaue Beobachtung und Analyse der Ereignisse und Tendenzen. Geschichte wiederholt sich nicht einfach, aber sie ist auch nicht frei von Kontinuitäten und Widersprüchen, die von den Individuen – abhängig von den eigenen Erfahrungen, Traumata oder tradierten Ängsten – unterschiedlich verarbeitet werden. In Anbetracht der ins Stocken geratenen Demokratisierung und Aufklärungsbereitschaft moderner Gesellschaften sind jedoch politisch denkende und handelnde Mitglieder der Zivilgesellschaft – ganz gleich ob Juden oder Nichtjuden – aufgefordert, Gefährdungen der liberalen Gesellschaftsordnung entschieden anzusprechen, zu veröffentlichen, zu skandalisieren und sich ihnen mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln entgegenzustellen. Sollte dieses Engagement nicht mehr wirken, dann besteht berechtigter Grund zur Sorge.

Epilog

Nachdem die Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 zahlreiche Kibbuzim und Ortschaften am Gazastreifen überfallen und über tausend Juden und Jüdinnen ermordet oder entführt hat, vollzog sich innerhalb der israelischen Gesellschaft, die sich zu großen Teilen aus Überlebenden der Shoah oder deren Nachkommen zusammensetzt, ein Prozess der Retraumatisierung. Konnotierte die jüdische Gemeinschaft Bilder von verbrannten, zerstückelten oder vergewaltigten Juden und Jüdinnen mit der Shoah, so wiederholte sich mit dem Massaker der Hamas die traumatische Erfahrung aus der Zeit des Nationalsozialismus, dass Juden und Jüdinnen alleine deshalb vernichtet werden, weil sie Juden oder Jüdinnen sind. Dieses Gefühl der Ohnmacht, Wut und Hilflosigkeit findet seine Resonanz auch in der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Die Kälte, Empathielosigkeit und fehlende Anteilnahme gegenüber der von den Verbrechen der Hamas betroffenen Bevölkerung im Süden Israels seitens weiter Teile der deutschen Öffentlichkeit führt in den jüdischen Gemeinden zu Reaktionen, die durch die Angst vor der Wiederkehr von Ausgrenzung und Vertreibung im Nationalsozialismus geprägt sind. Während die politische Klasse ihre Solidarität mit Israel häufig zum Ausdruck bringt, reagieren ideologisch gefestigte Gruppen, die immer schon wissen, wo der



moralische Kompass zwischen „gut“ und „böse“ hindeutet, oft offen antiisraelisch und schließlich antisemitisch. Sie betrachten Israel als koloniales Gebilde im Nahen Osten und stellen Israels Existenzrecht infrage. Gleiches gilt für radikale und islamistische Gruppierungen innerhalb der in Deutschland lebenden muslimischen Gemeinden. Der Antisemitismus, der nunmehr zunehmend in Form einer harschen Kritik an dem israelischen Vorgehen im Gazastreifen festgemacht wird, ignoriert vollends die eliminatorische Intention der Hamas und ihrer Verbündeten und die unbedingte Notwendigkeit des Staates Israel, sich nicht nur zu verteidigen, sondern die terroristische Infrastruktur zu zerstören.

Das lange Schweigen der deutschen Kulturszene, das peinliche Wegschauen feministischer Aktivistinnen, der antisemitische Turn von Teilen der ökologischen Bewegung und schließlich die politische Einfältigkeit von Gruppen, die in Anbetracht der Komplexität des Nahostkonflikts nach einem identifikatorischen Handeln zugunsten der „wahren“ Opfer – sprich: der Palästinenser – lechzen, haben die politische Kultur in Deutschland zuletzt maßgeblich geprägt. Wenn die Täter-Opfer-Umkehr als Grundmuster der Wahrnehmung politischer Ereignisse Schule macht, dann könnte das Eis, auf dem Juden in Deutschland ihre Existenz und ihr Gefühl der Sicherheit aufbauen, rasch sehr dünn werden. In einem solchen Staat und in einer solchen Gesellschaft ist eine Zukunft für Juden und Jüdinnen kaum noch vorstellbar.



Verwendete Literatur

- Ben-Rafael, E., Sternberg, Y. & Glöckner, O. (2010). Juden und jüdische Bildung im heutigen Deutschland. Studie im Auftrag des L.A. Pincus Funds for Jewish Education in the Diaspora. o. O.
- Bergmann, W. (2011). Vortrag zu Ergebnissen der Einstellungsforschung zum: „Antisemitismus in Deutschland“ (Expertenkreis Antisemitismus beim BMI, am 15. Februar 2010 / aktualisierte Fassung Juni 2011). https://bagkr.de/wp-content/uploads/2018/07/bergmann_AS-in-Deutschland.pdf (07.03.2023).
- Bundesministerium des Innern [BMI] (Hg.) (2017). Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. Zweiter Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Berlin. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.html> (07.03.2023).
- Bundschuh, S. (2007). Eine Pädagogik gegen Antisemitismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 31/2007, S. 32-38.
- Chernivsky, M. (2015). Interview mit Studierenden. Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus. In: Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (Hg.), Antisemitismus und Empowerment. Perspektiven, Ansätze, Projektideen, Frankfurt am Main, S. 26-31.
- Jensen, U. & Schüler-Springorum, S. (2014). Antisemitismus und Emotionen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 28-30/2014, S. 17-24.
- Kiesel, D. & Eppenstein, T. (Hg.) (2020). „Du Jude“. Antisemitismus-Studien und ihre pädagogischen Konsequenzen. Leipzig: Hentrich und Hentrich Verlag.
- Zick, A., Hövermann, A., Jensen, S., Bernstein, J. & Perl, N. (2017). Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. Bielefeld: Universität Bielefeld. https://pub.uni-bielefeld.de/download/2913036/2963306/Studie_juedische_Perspektiven_Bericht_April2017.pdf (07.03.2023).



Beitrag der Jüdischen Jugend Baden

Am Beitrag der Jüdischen Jugend Baden (JuJuBa) beteiligt waren:

David Orel (Markgrafen-Gymnasium Karlsruhe-Durlach)
Alina Dubinsky (Markgrafen-Gymnasium Karlsruhe-Durlach)
Maya Yoffe (Bismarck-Gymnasium Karlsruhe)
Erik Beglarian (Bismarck-Gymnasium Karlsruhe)

David Orel

Erinnerung ist Hoffnung und Hoffnung ist Erinnerung.
Ich stehe heute hier vor Ihnen, und obwohl ich dankbar für diese Gelegenheit bin, fühle ich auch eine gewisse Bitterkeit. Wir als jüdische Jugend Baden haben es uns zur Pflicht gemacht, die Erinnerung an die ermordeten Juden wachzuhalten. Dies ist mehr als nur eine Verpflichtung. Es ist eine Aufgabe, die sich tief in unser Selbstverständnis eingegraben hat.

Im Jahre 2022 war ich – im Rahmen einer Gedenkfahrt der IRG Baden – selbst in Gurs. Gurs war ein Zwischenstopp der Juden aus unserer Region vor dem Schrecken von Auschwitz. Ich erlebte in Gurs eine Atmosphäre, die geprägt von Trostlosigkeit und Verlust war. Stellen Sie sich einen Friedhof vor, der mit der Schwere des Ungesagten und des Unerzählten gefüllt ist. Jeder Stein, jeder Baum, jeder Pfad dort erzählt eine Geschichte des Leidens und des Überlebenskampfes.

Im Judentum ist es Tradition, beim Besuch eines Friedhofs Steine mitzubringen. Sie sind nicht vergänglich und stehen als Symbol der Anteilnahme. Im Gepäck zur damaligen Gedenkfahrt hat jeder von uns einen Stein aus seiner Heimatstadt in Baden-Württemberg nach Gurs gebracht. Meinen Stein habe ich auf das Grab von Hedwig Kaufmann gelegt. Wir haben Steine gebracht und Namen mitgenommen. Wir haben uns verpflichtet, diese nicht mehr zu vergessen. Wir machen damit die Erinnerung an die Geschichte derer, die dort litten und starben, zu unserer eigenen.



So zeigen wir Respekt vor den Traditionen und Werten, die mit den Verstorbenen verbunden sind.

In unserer jüdischen Tradition haben Namen eine tiefgehende Bedeutung. Sie sind nicht nur eine einfache Bezeichnung für einen Menschen, sondern sie tragen die Geschichte seiner Vorfahren sowie deren Seele. Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist. Ganze Familien und Gemeinden sind für immer vernichtet worden. Was bleibt, ist die Erinnerung an sie und das Weitertragen ihrer Namen. Es ist – und ich betone – unsere Pflicht, die Geschichten dieser Menschen zu bewahren und sie auch weiterzugeben. Sie erinnern uns daran, dass Freiheit und Sicherheit für Juden niemals selbstverständlich war und ist. Und im Fall der Erinnerung an die ermordeten Opfer des Nationalsozialismus mahnen sie uns, wachsam zu sein gegenüber Hass und Antisemitismus. Nie wieder ist jetzt!

Alina Dubinsky

Erinnerung ist Hoffnung und Hoffnung ist Erinnerung.

Ich erinnere heute an Urija Bayer. Urija Bayer ist am 17. Dezember 2023 im Kampf gegen die Hamas gefallen. Die Familie Bayer aus Rexingen in Baden-Württemberg ist in den 1960er Jahren nach Israel gekommen und hat dort ein Heim für Holocaust-Überlebende aufgebaut. Diese Familie hat sich das Gedenken an den Holocaust und die Fürsorge der Überlebenden des Holocausts zur Lebensaufgabe gemacht. Bis heute leitet die christliche Familie das Pflegeheim Beth Elieser in Maalot.

Nach dem 7. Oktober 2023 ist die anonyme Erinnerung an den Holocaust zu einem „Nie wieder ist jetzt!“ geworden. Urija Bayer steht für diese Verbindung. Die weltweiten Reaktionen auf den 7. Oktober haben uns spüren lassen, welche Bedeutung Israel für die Juden hat. Wir können heute nicht an die Opfer des Nationalsozialismus denken und dabei die Massaker des 7. Oktobers ausblenden. Nur unter höchstem Polizeischutz und Sicherheitsvorkehrungen konnten wir selber am Sabbat des 13. Oktobers in die Synagoge gehen. Viele Juden hatten plötzlich Angst und fühlten sich schutzlos. Auch wenn wir heute wieder langsam zurückkehren in unsere neue Normalität, bleibt diese Angst Teil unserer Erfahrung. Nie wieder ist jetzt!



Erik Beglarian

Erinnerung ist Hoffnung und Hoffnung ist Erinnerung.

Diese Worte von Elie Wiesel versuchen die Erinnerung an den Nationalsozialismus mit der Hoffnung auf eine friedliche Zukunft zu verbinden. JuJuBa, die uns Juden und Jüdinnen aus kleinen Gemeinden zusammenbringt, die uns nicht bloß als Individuen einer kleinen Statistik zurücklässt, die uns zeigt, dass wir Verantwortung für das Erinnern tragen, die versucht, jeden Einzelnen stark zu machen, und uns eine Gemeinde gibt, das bedeutet für mich Hoffnung.

Gerade mit Rückblick auf die Geschichte des Erinnerns, Mahnens und Gedenkens stellen sich für uns in der aktuellen Lage viele Fragen: Warum wir als junge Juden in Deutschland nach dem 7. Oktober mit mehr Antisemitismus und Hass konfrontiert werden? Warum unsere Synagogen nach dem 7. Oktober eine höhere Sicherheit benötigen? Warum wir am 13. Oktober begleitet von Angst unsere Häuser verließen? Immer weniger von uns zeigen ihre jüdische Identität öffentlich aus Angst und Verunsicherung. Weil zu viele schweigen, wenn wir als Juden und Jüdinnen beleidigt und/oder bedroht werden. Wie kann das sein? Meine Damen und Herren, nie wieder ist jetzt!

Abschließend möchten wir Sie einladen, der anonymen Erinnerung einen Namen entgegenzusetzen. Wir haben Umschläge mit Namen der Karlsruher Opfer des Nationalsozialismus für Sie vorbereitet. Erinnerung ist Hoffnung und Hoffnung ist Erinnerung.

Impressionen des Tages



Stilles Gedenken am Mahnmal für die von den Nationalsozialisten ermordeten Karlsruher Juden und Jüdinnen auf dem Hauptfriedhof Karlsruhe.





Fenella Bockmaier eröffnete die Gedenkfeier am Flügel mit einem Musikstück von Paul Ben-Haim, der Sonatina op. 38: III Molto vivo.

Shachar Lavi sang zum Klavierspiel von Ido Ramot Gustav Mahlers „Urlicht“.



Gruppenbild mit Beteiligten der Gedenkstunde und Landtagsabgeordneten.

Vertreterinnen und Vertreter der Jüdischen Jugend Baden mit Präsidentin Aras.





Informationsstand der IRG Baden als Mitveranstalter der Gedenkstunde.

Schülerinnen und Schüler verschiedener Karlsruher Schulen nahmen an der Gedenkstunde teil.



Herausgeber
Landtag von Baden-Württemberg
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Bildnachweis
Landtag von Baden-Württemberg
Leif Piechowski

Internet
www.landtag-bw.de

© 2024
Landtag von Baden-Württemberg

